

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 803839  
Telex: 886846 ppbn d  
Telefax: 21 0664



## Inhalt

**Florian Gerster** MdB zur Diskussion über die Änderung des Grundgesetzes: UNO-Einsätze der Bundeswehr nur mit Freiwilligen!

Seite 1

**Rudolf Dreßler** MdB zum Tode von Heinz Oskar Vetter: Sein Rat und seine Erfahrung werden uns fehlen.

Seite 2

**Dr. Rolf Seebauer** MdL zu Waigels Vorstellungen, die Einheit zu finanzieren: Drohenden Abbau der Regionalförderung verhindern.

Seite 2

**Doris Odendahl** MdB zur Lage und Finanzierung der beruflichen Bildung in den neuen Bundesländern: Der Jugend des vereinten Deutschlands nicht die Zukunft verbauen.

Seite 3

**Dokumentation**  
Der Psychoanalytiker **Horst-Eberhard Richter** fordert "Abkehr vom Stärkekuß".  
(Teil II)

Seite 4

45. Jahrgang / 200

18. Oktober 1990

### UNO-Einsätze der Bundeswehr nur mit Freiwilligen! Zur Diskussion über die Änderung des Grundgesetzes

Von **Florian Gerster** MdB  
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

In der SPD wächst die Bereitschaft zur Änderung des Grundgesetzes mit dem Ziel, den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen von Friedenssicherungsmaßnahmen der Vereinten Nationen zu ermöglichen. Die Souveränität des vereinten Deutschland und die Aufwertung der UNO seit dem Ende des Ost-West-Konflikts legen eine Überprüfung der bisherigen Selbstbeschränkung nahe.

Für die Zukunft muß gelten: Deutschland hält sich weiterhin zurück, wenn der Weltfrieden außerhalb Westeuropas gefährdet ist. Deutschland kann sich als bedeutende wirtschaftliche und politische Macht aber nicht weiterhin heraushalten, wenn alle Bündnispartner und der Weltsicherheitsrat gemeinsame Gefahrenabwehr vereinbaren. Ausschließlich für diesen Zweck sollten wir den Einsatz der Bundeswehr auch außerhalb des Territoriums der westlichen Allianz ermöglichen.

Können wir aber 19- bis 20jährigen Wehrpflichtigen zumuten, ihr Leben fernab der Heimat aufs Spiel zu setzen? Die Landesverteidigung ist eine Aufgabe, die die Wehrpflicht auch junger Bürger rechtfertigt - aber der Einsatz in Krisenregionen wie dem Golf? Schon die militärpolitisch umstrittene Entsendung der Bundesmarine in das Mittelmeer wirft für die Betroffenen fast unlösbare Fragen nach dem Sinn der Wehrpflicht auf.

Für Einsätze der Bundeswehr im Rahmen von UNO-Aktionen müssen nationale oder internationale Verbände mit ausschließlich freiwilligen, längerdienenden Soldaten geschaffen werden. Amerikaner und Briten hatten ihre Gründe, ihren jungen Staatsbürgern den Militärdienst nicht mehr zuzumuten. Solange wir die Wehrpflichtarmee wegen der besseren Demokratieverträglichkeit des Militärs aufrecht erhalten, dürfen wir ihre Legitimation nicht untergraben.

(-/18.10.1990/vg-he/rs)

\*\*\*\*\*

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenlos  
mit verbundene  
Rechnung



### **Trauer um Heinz Oskar Vetter**

**Sein Rat und seine Erfahrung werden uns fehlen**

**Von Rudolf Dreßler MdB**

**Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen**

**Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion**

Wir trauern um Heinz Oskar Vetter. Mit ihm verlieren die Gewerkschaften und auch die Sozialdemokratie einen Politiker, der die Sozialgeschichte der Nachkriegszeit wesentlich mitgeprägt hat. Als stellvertretender Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie hat er die erste Etappe der langen Strukturkrise in diesem Wirtschaftszweig ebenso umsichtig wie wegweisend mitbewältigt. Als Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat er ab 1969 entscheidend mitgeholfen, die im DGB zusammengeschlossenen Arbeitnehmervertretungen unter krisenhaften wirtschaftlichen Bedingungen zusammenzuhalten und damit ihre Stärke zu bewahren. Er hat in dieser Zeit harte Auseinandersetzungen nicht gescheut, aber gleichzeitig Konsensmöglichkeiten nie mißachtet. Unter seiner Leitung hat der DGB gesellschaftspolitisches Profil gewonnen.

Ab 1978 hat Heinz Oskar Vetter im Europa-Parlament für die Mitbestimmung geworben und sich mit Energie für die Wahrung der Sozial- und Menschenrechte in vielen Ländern eingesetzt. Ihm haben türkische Arbeitnehmer sehr am Herzen gelegen. Er hat in der Bundesrepublik seine Stimme gegen Fremdenhaß erhoben und in der Türkei für das Recht auf Koalitionsfreiheit wie das Recht auf freie Meinungsäußerung gestritten. Mit Heinz Oskar Vetter verbindet die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD die Arbeit am deutsch-sowjetischen Arbeitnehmerdialog. Heinz Oskar Vetter wird uns mit seinem Rat und seiner Erfahrung fehlen.

Unser Mitgefühl ist nun bei seinen Angehörigen und seinen engsten Freunden aus der Gewerkschaftsbewegung.

(-18.10.1990/rs/fü)

\*\*\*\*\*

### **Drohenden Abbau der Regionalförderung verhindern**

**Zu Waigets Vorstellungen, die Einheit zu finanzieren**

**Von Dr. Rolf Seebauer MdL**

**Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag**

Nicht nur der Abbau der Zonenrandförderung, sondern die gesamte regionale Wirtschaftsförderung im Rahmen der "Gemeinschaftsaufgabe Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur" ist akut gefährdet und soll aufgrund des immensen Finanzbedarfs zur Überwindung der Folgen der deutschen Einheit künftig geopfert werden.

Diese Hiobsbotschaft geht aus der Antwort des Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium Voss vom 27. September 1990 auf eine Schriftliche Anfrage des Bundestagsabgeordneten Otto Reschke über die zukünftige Finanzausstattung der verschiedenen Gemeinschaftsaufgaben hervor. In der Antwort heißt es wörtlich: "Bei der Gemeinschaftsaufgabe 'Regionale Wirtschaftsförderung' können die jetzigen Länder jedoch nicht davon ausgehen, daß ihnen künftig

die gewohnten Beiträge ungeschmälert zur Verfügung stehen. Eine Neubewertung der regionalen Prioritäten in Gesamtdeutschland ist unausweichlich."

Dies dokumentiert die klare Absicht der Bundesregierung, sich künftig von der Regionalförderung zu verabschieden, um Finanzmasse für die Kosten der deutschen Einheit zu gewinnen. Jetzt ist der bayerische Wirtschaftsminister Lang gefordert, über seine wahlkampf begründeten Jubelausbrüche zu bayerischem Rekordwachstum hinaus sich endlich um das Fundament unserer regionalen Wirtschaftsförderung zu kümmern und eine Klärung herbeizuführen.

Immerhin wären vom Abbau der Gemeinschaftsaufgabe mehr als ein Viertel der bayerischen Bevölkerung und fast 40 Prozent des Staatsgebiets Bayerns betroffen. Es ist nicht hinnehmbar, daß ausgerechnet die ärmsten Regionen Bayerns, in denen weit weniger als im Landes- und Bundesdurchschnitt verdient wird, in denen die höchsten Arbeitslosenraten in Bayern und die schwächste Wirtschaftskraft zu verzeichnen sind, die Hauptlast der unbestreitbar notwendigen Kosten der deutschen Einheit tragen sollen.

Betroffen wären vor allem weite Bereiche Unterfrankens, Oberfrankens, Westmittelfrankens, Niederbayerns und der Oberpfalz. Sie sind dringend darauf angewiesen, die im 19. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe veranschlagten Investitionen bis 1994 in Höhe von 10 Milliarden Mark, die mit regionalen Fördermitteln von rund 930 Millionen Mark gefördert werden, und die Unterstützung der wirtschaftsnahen Infrastruktur einschließlich Fremdenverkehr in Höhe von 630 Millionen Mark zu erhalten.

Die bayerische SPD-Landtagsfraktion wird bei den kommenden Haushaltsberatungen darum kämpfen, daß aus Landesmitteln ein Ausgleich für die versiegenden Fördermittel aus Bonn geschaffen wird. Es geht schließlich um mehr als 30.000 neue Arbeitsplätze in den am meisten von Arbeitslosigkeit betroffenen Gebieten Bayerns, auf die nicht verzichten darf, wer die Menschen dort nicht von der künftigen Wirtschaftsdynamik Bayerns abkoppeln will.

(-/18.10.1990/rs/10)

\*\*\*\*\*

## **Der Jugend des vereinten Deutschlands nicht die Zukunft verbauen**

**Zur Lage und Finanzierung der beruflichen Bildung in den neuen Bundesländern**

**Von Doris Odendahl MdB**

**Obfrau der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft**

An großen Worten mangelt es Mülleemann nie, vor allem nicht, wenn er im Kabinett wieder einmal den berühmten Tropfen auf den heißen Stein durchgesetzt hat. Dies erfuhr jetzt auch die Jugend in den neuen Ländern. Erst Ende September wurden 312 Mio. DM für wahrscheinlich 30.000 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz bewilligt. Aber seit 1. September 1990 gilt dort das Berufsbildungsgesetz. Spätestens Anfang August war abzusehen, daß die Durchführung von beruflicher Erstausbildung und Weiterbildung in den neuen Ländern stark gefährdet ist.

Um die Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz zu ermöglichen, müssen deshalb von der Bundesregierung Hilfen zur Schaffung und Erhaltung der notwendigen Ausbildungskapazitäten gegeben werden, die ja auch für die berufliche Weiterbildung genutzt werden können.

Die finanziellen Mittel hätten für die Zukunft der Jugend der ehemaligen DDR spätestens am 3. Oktober eingesetzt werden müssen. Ein Programm zur Unterstützung, zum Erhalt und Aufbau der beruflichen Bildung dort hätte längst erarbeitet sein können.

Die SPD hat Ende August ein Sofortprogramm zur Behebung der Ausbildungsnot in der ehemaligen DDR gefordert, für das die Bundesregierung 660 Mio. DM bereitstellen sollte. Dieses Programm umfaßt berufsvorbereitende Maßnahmen für Schulabgänger/innen der 8. Klasse, Berufsausbildung für unversorgte Schulabsolventen/innen, ein Schwerpunktprogramm für überbetriebliche Berufsbildungsstätten, Qualifizierung von Ausbildern/innen, Berufsschullehrern/innen und ehrenamtlichen Mitgliedern von Berufsbildungs- und Prüfungsausschüssen sowie Modellversuche in der beruflichen Bildung mit Schwerpunkten in der kaufmännischen Berufsausbildung und Weiterbildung, neuen Technologien und der Ausbildung von benachteiligten Jugendlichen in anerkannten Ausbildungsberufen.

Dieses alles ist jetzt dringend notwendig. Die Bundesregierung kann und darf nicht der Jugend des vereinten deutschen Staates die Zukunft verbauen.

(-/18.10.1990/rs/ft)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### Horst-Eberhard Richter: Die neue friedenspolitische Aufgabe der Deutschen (Teil II)

Der Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter forderte kürzlich auf dem in Bonn stattfindenden IPPNW-Kongreß eine 'Abkehr von Stärkekuft'. Wir dokumentieren sein Referat in drei Teilen.

Wir stehen wie nie zuvor seit 1945 auf dem Prüfstand, unsere Identität zu klären. Manche meinen, das schnell zusammenwachsende Europa werde uns Deutschen ersparen, über unsere Selbstdefinition noch viel nachzudenken. Aber ist nicht bereits die Tendenz spürbar, an eine europäische Union die Stärkepolitik zu delegieren, die im nationalen Maßstab nicht mehr geht? Grassiert nicht schon allenthalben der Traum, als Vereinigtes Europa die wirtschaftlich wankende USA als Weltmacht Nummer Eins zu ersetzen? Und wer anders als die reichen und tüchtigen Deutschen könnten in diesem Europa den Ton angeben? Sprach der Kanzler nicht ausdrücklich davon, daß er höchstpersönlich die Vereinigten Staaten von Europa schaffen wolle? Er mit den Deutschen als Anführer und Baumeister? Klang nicht vieles am Vereinigungstag, allen Dämpfungsversuchen zum Trotz, nach einem grandiosen Siegesfest?

Die Anfälligkeit für die Überkompensation nationaler Minderwertigkeitskomplexe durch Größen- und Omnipotenzwünsche wird durch unsere Geschichte wahrlich hinlänglich demonstriert. Rechtsorientierte Vaterländer in Deutschland West wie Ost bewegen sich längst in dieser Richtung. Nicht wenige deuten doch ungeniert die deutsche Vereinigung als Kapitulation Gorbatschows vor der hiesigen Stärkepolitik und Wirtschaftsmacht. Da und dort wuchert die Phantasie: Jetzt holen wir Deutschen uns mit wirtschaftlichen Waffen zurück, was wir durch den Krieg verloren haben. Nur marschieren wir diesmal drüben nicht mit Panzern ein, sondern mit D-Mark, Joint Ventures und Managertrahern.

Natürlich ist der große weltpolitische Wandel, von dem wir alle profitieren, in Wahrheit nur durch Gorbatschows radikale Abwendung vom Stalinismus und durch seine Politik eines Neuen Denkens möglich gemacht worden. Anstatt die Hochrüstung Breschnews fortzusetzen,

was er hätte tun können, hat er in seinem eigenen Haus und in ganz Osteuropa den Demokratiebewegungen das Tor geöffnet. So konnte sich die friedliche Revolution in der DDR durchsetzen, die von Gruppen und Persönlichkeiten vorbereitet wurde, die weiß Gott anderes im Sinne hatten als eine mechanische Anknüpfung an die westliche D-Mark-Wirtschaft.

Die Friedens- und Menschenrechtsgruppen, die kritisch engagierten Schriftsteller, Ärzte und Pfarrer wollten eine neue geistig-moralische Orientierung der Politik. Ihre Leitidee war eine humanistische, ökologische, demokratische Gesellschaft ohne Blockkonfrontation und Atomwaffen. Unter dem Schutz der evangelischen Kirche wuchs eine autonome Friedensbewegung zusammen, mit der Teile der humanistischen Friedensbewegung im Westen Kontakt pflegten. Im Kampf gegen die sowjetischen und die westlichen Mittelstreckenraketen befand man sich beiderseits im oppositionellen Lager, von der eigenen Regierung jeweils als imperialisten- oder kommunistenhörig diffamiert. Hüben und drüben galten die unabhängigen Friedensgruppen - es ist noch nicht lange her - als Sicherheitsrisiko, observiert und behindert, drüben mit Gewalt, hier durch propagandistische Verfemung.

Das war gestern. Heute wiederholt sich in der ehemaligen DDR, was regelmäßig als sozialpsychologische Folge des Zusammenbruchs totalitärer Systeme zu beobachten ist: nämlich die Auswirkung der geistigen Unselbständigkeit und Identitätsschwäche, die Diktaturen herbeiführen. Große zermürbte Teile der Bevölkerung, die keinen Anschluß an kritische und widerstandsbereite Gruppen gefunden hatten, reagieren nach dem Kollaps der alten Ordnung tief verunsichert und deprimiert. Mit der materiellen Kapitulation geht die geistige einher. Um überhaupt Halt zu finden, verdrängt man, wo man herkam und wettelfert darin, sich mit dem neuen System zu überidentifizieren. Ähnlich geschah es in Westdeutschland nach 1945, als die allermeisten sich auch nur noch als Opfer der alten Herrschaft erklärten und schlagartig die Ordnung und die Lebensformen der großen amerikanischen Siegermacht kopierten, als hätten sie sich nie etwas anderes gewünscht. So wenig man sonst 1945 mit 1989 oder 1990 vergleichen kann - sozialpsychologisch sind analoge Abwehrmechanismen wirksam.

Aber jetzt müssen wir gemeinsam und eigenverantwortlich unseren zukünftigen deutschen Weg bestimmen. Wie viele werden überhaupt erkennen, daß sie nicht nur zwischen dieser oder jener Steuer-, Investitions-, Renten- und Rechtspolitik zu entscheiden haben, sondern zwischen zwei fundamental gegensätzlichen politischen Philosophien?

Die eine heißt: Weiter so! Fortsetzung einer Politik, die durch die Dominanz der militärisch-industriellen Komplexe vorgezeichnet ist. Diese verdanken ihre Vormacht dem bisherigen paranoiden bipolaren Weltsystem. In West und Ost hatte sich die überdimensionierte Aufrüstungsmaschinerie durch den absoluten Weltfeind auf der anderen Seite legitimiert. Nach Gorbatschows Ausscheiden aus der Bedrohungskonkurrenz tritt jetzt Saddam Hussein in einem kritischen Moment auf den Plan und schlüpft in die durch Moskau vakant gewordene Rolle des östlichen, nunmehr nach Süden verlagerten Weltfeindes. So kann man ihn durchaus, wie es der Züricher Tagesanzeiger tut, provokativ als Retter der Nato beschreiben. Die Rüstungsmanager können aufatmen. Man kann es so sehen, daß er das alte bipolare Weltsystem wieder in Ordnung bringt.

Aber ist es wirklich so, daß der irakische Diktator die Hoffnung auf Sicherheit in einer abgerüsteten Welt als Illusion entlarvt hat? Ist er gar für uns Deutsche ein Argument, zugunsten erweiterter Spielräume für militärisches Engagement unsere Verfassung zu ändern?

Nie und nimmer hätte der irakische Diktator die Welt in die derzeitige explosive Krise stürzen können, hätten ihm nicht führende Rüstungsexportländer aus Ost und West und nicht zuletzt wir Deutschen dazu die Macht verliehen. Beklagt man nicht jetzt scheinheilig ein Übel, das man in seiner erschreckenden Dimension erst selber ermöglicht hat? In Wahrheit bedeutet doch gerade die Golfkrise die eindringlichste Warnung vor der Fortsetzung der internationalen Hochrüstung, mit der eine gefährliche Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen stets automatisch einhergeht, was heute den irakischen Diktator und morgen oder übermorgen etwaige Nachfolger zu Gewalttaten unübersehbaren Ausmaßes befähigt bzw. befähigen wird. Nur eine

energische Abrüstung der großen Rüstungsmächte kann in eine systematische globale Bekämpfung von gefährlichen Rüstungsexporten einmünden.

Wo ist übrigens in der Bundesrepublik die Scham darüber, daß ausgerechnet deutsche Firmen erst Gaddafi und nun Saddam Hussein beim Aufbau einer Chemiewaffenproduktion geholfen haben? Müssen uns erst unsere Freunde im Ausland auf die Assoziation zwischen dem neuen deutschen Giftgaskandal und den Giftgasverbrechen unserer Vergangenheit stoßen?

Ist unsere peinliche Vergangenheit schon so weit weg, daß wir die Lehre, die unsere uns militärisch begrenzende Verfassung aus ihr gezogen hat, nicht mehr beherzigen müssen, bloß weil der amerikanische Partner erweiterte militärische Hilfsdienste von uns erwartet? Haben wir etwa zu bedauern, daß wir zur Eskalation der militärischen Konfrontation am Golf nicht noch mehr beitragen können, oder sollten wir nicht gerade die verfassungsmäßige Einengung unserer militärischen Möglichkeiten als heilsame Chance begrüßen, alle Anstrengungen der UNO und anderer für eine friedliche Beilegung der Krise laut und energisch zu unterstützen?

Der Kanzler argumentiert mit Loyalität. Welche Loyalität ist denn in dieser Situation die wichtigere, die der Waffenbrüderschaft in der Nato oder die gegenüber den Hunderttausenden potentieller Opfer der Golfregion und den Millionen Leidtragenden in aller Welt, die als Kriegsfolge mit dem Stopp unzähliger wirtschaftlicher, ökologischer und medizinischer Programme zu rechnen hätten?

Übrigens verwirft laut Allensbach eine deutliche Mehrheit der Deutschen die vom Kanzler anvisierte Verfassungsänderung. Die meisten empfinden das militärische Abseitsstehen in der Golfkrise offensichtlich keineswegs als blamabel, vielmehr als vollauf legitim, ja moralisch geboten. Um so dringlicher wünscht man sich einen ganz anderen Gesetzesakt, nämlich mit dem Ziel einer endlich entschlossenen Bekämpfung der blamablen unheilvollen Rüstungsexporte bis hin zur Chemiewaffen- und Raketentechnologie.

An diesem Punkt wird die Notwendigkeit einer klaren Weichenstellung vollends erkennbar. Lösung Nummer Eins würde auf das Rezept hinauslaufen: Die Vergangenheit soll uns nicht länger genieren und hemmen. Laßt uns wieder auftrumpfen. Wir wollen entsprechend unserer wirtschaftlichen Kraft auch überall wieder militärisch präsent sein können, wenn die UNO bzw. die Amerikaner uns brauchen. Lösung Nummer Zwei: Wir wollen uns weiterhin erinnern und ausdrücklich im Rückblick auf unsere Geschichte ein anderes Deutschland begründen. Es soll einem Neuen Denken mit globalem Verantwortungsbewußtsein folgen. Gemeint ist der Weg zu beispielhafter Entmilitarisierung, zum Engagement für ein Verbot und eine Ächtung aller ABC-Waffen, zu einer echt partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den armen Völkern, zum Ausstieg aus allen das Überleben längerfristig bedrohenden Risikotechnologien.

Laßt uns zielstrebig diesen zweiten Weg gehen. Mit ihm allein würden wir beweisen, daß die zu Lasten der Armen der Welt und der Natur betriebene herkömmliche Stärkepolitik nur in eine globale Katastrophe münden kann.

(Den dritten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe.)

(-/18.10.1990/rs/f0)

\*\*\*\*\*